

Elmar Altvater

Der kurze Sommer des akademischen Marxismus oder: Wie weiter mit der PROKLA?

Von den immer nur wenigen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern, die bereit und auch in der Lage waren, in Lehre, Forschung, in Theoriedebatten und materialen Analysen der nationalen Gesellschaft, Europas, der Welt auf die Marxsche Theorie und die marxistische Tradition zurückzugreifen und diese lebendig, also kritisch auf das herrschende Denken zu beziehen, ist im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts kaum noch jemand im deutschen Wissenschaftsbetrieb aktiv. Offenbar war der akademische Marxismus ein politisches Generationenprojekt derjenigen, die um 1968 sozialisiert und politisiert worden sind und durch die Phase des „Seminar marxismus“ in den Jahren vor 1968 gegangen sind. Die „68er“ sind nun in anderer Bedeutung des Wortes um die „68“. Manche sind bereits verstorben, viele sind emeritiert, pensioniert, im Ruhestand und in den theoretischen und politischen Debatten nicht mehr in gleicher Weise präsent wie „68“.

Dass dies keine deutsche Besonderheit ist, könnte man aus einem Artikel von Noel Castree über den anglophonen Marxismus in „Historical Materialism“ 14/4, 2006 herauslesen. In einer Würdigung der Bedeutung David Harveys für die marxistische Theoriebildung kommt er zu dem überraschenden und vielleicht schockierenden Resultat, dass vom anglophonen Marxismus nachgerade nichts bleibe, wenn die gegenwärtige Generation abgetreten sei, noch nicht einmal Schüler, die das Projekt fortsetzen könnten. Die Blüte des akademischen Marxismus blüht nur einen kurzen Sommer, um Enzensbergers schönen Titel vom „kurzen Sommer der Anarchie“ aus dem Jahre 1972 zu paraphrasieren (oder zu plagüieren)? Oder ist die Blütezeit wie bei der Herbstzeitlosen dann, wenn andere Pflanzen bereits ausgeblüht haben? Dass das pessimistische Resümee Noel Castrees so nicht stimmen kann, zeigt allerdings eben die Zeitschrift, in der der Artikel publiziert worden ist. Marxistische Debatten finden statt, und dies ist offenbar nur möglich, weil die Spezies der Marxisten in den Sozialwissenschaften nicht ganz ausgestorben ist. Die Evolution geht weiter, auch wenn eine Generation „abtritt“, in Großbritannien, den USA, in Deutschland oder anderswo.

1. Generationenwechsel

Auch bei Zeitschriftenprojekten steht ein Generationenwechsel an. Allerdings ist der nicht einfach, denn wenn mit der „68er-Generation“ ihr Projekt ausläuft – wer sollte und wollte „ihr“ Projekt fortsetzen? Welchem anderen, neuen Projekt sollte der Stab übergeben werden oder entstehen politische Projekte nicht in aller Regel eher spontan aus den sozialen Bewegungen, wenn sie eine gewisse Reife erreicht haben? Darüber müssen sich in erster Linie die Jüngeren Gedanken machen, sie müssen sozusagen ihr Zeitschriftenprojekt innerhalb einer breiteren politischen Bewegung formulieren, artikulieren – und Artikulation ist die Kunst der sinnvollen Gliederung durch Abgrenzung und Zusammenführung einzelner Elemente eines Ganzen. Oder wie es im DDR-deutsch heißt: Sie müssen sich in den theoretischen und politischen Auseinandersetzungen der Linken „positionieren“. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass eine Zeitschrift das Kontinuum ist, das die Generationen zusammenbindet, dass also ein sozialer und politischer Lernprozess ohne Brüche vonstatten geht, ohne dass Projekte eingestellt und neue geboren werden.

Jedenfalls habe ich zum Jahreswechsel nach etwa 35 Jahren die Redaktion der PROKLA verlassen. Das wäre eigentlich normal und keines Aufhebens wert. Doch ist der Abschied auch die Folge von Kontroversen über die Redaktionsarbeit, die aktuelle Heftplanung und -gestaltung und um die Ausrichtung der PROKLA. Es gebietet die Verantwortung vor den Leserinnen und Lesern, diese transparent zu machen. Vor allem ging es um das im Juni erscheinende Heft über „internationale Staatlichkeit“. Dieses wurde ursprünglich geplant, um in die hoch wogenden Debatten über die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands, den G8-Gipfel in Heiligendamm oder die Rolle des Weltwirtschaftsforums von Davos und die Perspektiven des Weltsozialforums mit theoretisch gut fundierten und über das gerade aktuelle Ereignis bedeutsam bleibenden Beiträgen einzugreifen. Die Auseinandersetzung mit Theorien zur internationalen Staatlichkeit sollte dabei ebenso wichtig sein wie die Analyse von Politik und Ökonomie, von sozialen Konflikten und gesellschaftlichem Naturverhältnis unter Bedingungen der Globalisierung, in Zeiten eines „neuen Imperialismus“. Auseinandersetzungen innerhalb der Redaktion gab es in dem Moment, als die ersten Heftexposés vorlagen. Es war nicht zu erkennen, dass die vorgeschlagenen Beiträge sich auf die Reanalyse von Politik, Ökonomie und Ökologie im globalen Raum einlassen würden. Es war eine eher szientistische Diskussion der an Nicos Poulantzas anknüpfenden Theorieansätze zu erwarten, ohne auf andere Traditionen der kritischen und marxistischen Staatsdiskussion einzugehen, ohne an der auch in der PROKLA seit Jahrzehnten geführten Staatsdiskussion anzuknüpfen. Gegen eine Konzentration auf den Ansatz Poulantzas' spricht nichts, wenn denn die unbestreitbar richtige These vom Staat als Konfliktfeld und Verdichtung von Klassenverhältnissen in der materialen Ana-

lyse von Staat und Markt, von Politik und Ökonomie im globalen Raum des frühen 21. Jahrhunderts lebendig würde. Auch ist die Einschätzung, dass trotz Weltmarkt und Globalisierung die Staaten bedeutsame Akteure seien und Regierungshandeln erst die ökonomischen Kräfte der Globalisierung freigesetzt hätten, ohne Zweifel richtig, aber doch eher banal. Denn die Frage in einer politökonomischen Analyse lautet ja, welche Freiheitsgrade für Staatshandeln innerhalb der Konstellation von ungleichgewichtigen Nationalstaaten in einem „neuen Imperialismus“ existieren und wie und in welche Richtung auf Druck welcher Kräfte sie durch Regierungen wahrgenommen werden. Da könnte die These von den „verdichteten Klassenverhältnissen“ tatsächlich zur Melodie werden, die die Verhältnisse zum Tanzen bringt. Doch es war aus den Exposés nicht zu entnehmen, dass eine kritische politisch-ökonomische Analyse artikulierte Akkorde, die sich zur Musik „verdichten“, hervorbringen würde. Die Redaktion sah dies freilich mehrheitlich ganz anders. Vielleicht hat sie ja Recht, und die Artikel halten mehr als die Exposés versprochen haben.

Das Verlassen der Redaktion ist mir nicht leicht gefallen. Ich war der letzte der Gründergeneration in der Redaktion der PROKLA. Da die Redaktion 14 Mitglieder hatte, kann man das fast schon symbolisch sehen; im Dornröschen-Märchen findet die dreizehnte Fee, keinen Platz an der Tafel. Doch anders als die dreizehnte Märchenfee verlasse ich den Ort nicht mit einem Fluch, sondern nehme den Bruch als eine Gelegenheit, um über die Zukunft eines Projekts der deutschen Linken nachzudenken.

2. Steiniger Grund

Das geht nicht ohne einen Blick zurück, und dann wendet man sein Gesicht der Vergangenheit und den Rücken der Zukunft zu, wie Walter Benjamin im Jahre 1940 in das Bild des „Angelus Novus“ von Paul Klee hineininterpretierte. Die „Kette von Begebenheiten“ auf der vergangenen Wegstrecke in die Gegenwart erscheint ihm als „eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft“ (Benjamin, Gesammelte Schriften, Band I/2: 697f). Die Nazis waren seit sieben Jahren an der Macht und den zweiten Weltkrieg hatten sie vor einem Jahr vom Zaum gebrochen, als Benjamin das kleine geschichtsphilosophische Fragment verfasste. Auch 10 Jahre später, nach dem Krieg und dem Ende der Naziherrschaft (und nach Benjamins Freitod) ließ man sich wie der Angelus Novus vom Sturm des Fortschritts treiben und merkte nicht, wie „der Trümmerhaufen zum Himmel wächst“, während die Kriegstrümmer beseitigt wurden und dem „Wirtschaftswunder“ Platz machten. Nicht nur marxistische, sondern kritische Gesellschaftstheorie generell war vom Nationalsozialismus liquidiert oder vertrieben und im Wortsinn unter Trümmern begraben worden. In der intellektuell eher dumpfen Adenauer-Ära standen andere Fragen als die der kritischen Gegenwartsanalyse im Vorder-

grund. In den Sozialwissenschaften – und nur damit setze ich mich hier auseinander – gab es nur einzelne wie Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, Wolfgang Abendroth, Ernst Bloch oder Werner Hofmann und Ossip K. Flechthaim und einige andere, die die Tradition der Kritik des bürgerlichen Denkens fortsetzten. Sie bildeten ihre je eigenen „Schulen“, zumeist an den Orten ihres Wirkens, in Frankfurt oder Marburg, in Berlin oder Göttingen. An den meisten Universitäten kamen ihre kritischen Eingriffe in den Zeitgeist nicht an und ihre Kritik der westdeutschen Gesellschaft wurde nicht besonders goutiert. In den Gewerkschaften wurden die wenigen Linken wie Victor Agartz an den Rand und weiter ins Aus gedrängt. Eine linke Öffentlichkeit mit Zeitungen und Zeitschriften gab es so gut wie nicht.

Es war nicht ungefährlich, sich mit radikaler und gar praktischer Kritik in die öffentliche Auseinandersetzung zu begeben. Die Kommunistische Partei war seit 1956 in Westdeutschland verboten und wie leicht konnte der Versuch der Gründung einer linken, sozialistischen Gruppe als „Nachfolgeorganisation“ desavouiert und denunziert werden. Kommunisten hatten es schwer in der BRD. Sie mussten abschwören oder es drohten der unsichere Status der Illegalität und das Gefängnis. Diese Situation bedeutete nicht nur für Kommunisten Gefahr, sie schränkte auch linke, unabhängige Sozialisten, ja Sozialdemokraten in ihrer politischen Arbeit ein. Sie zwang zur Abgrenzung, wo diese unsinnig und nicht gewollt war, und sie zwang zur Solidarisierung mit denjenigen, die diskriminiert wurden und von der Kriminalisierung bedroht waren, obwohl man sich eigentlich mit ihnen kritisch auseinandersetzen wollte. Das Verbot hatte also eine politische Paralyse der (west)deutschen Linken zur Folge. Darauf hat erst jüngst die Linkspartei mit der Forderung im Bundestag reagiert, nicht nur die Unterdrückungsgeschichte der DDR, sondern auch die der BRD aufzuarbeiten (vgl. „Verfolgte Kommunisten rehabilitieren“, FAZ 28.12.2006). Das wäre tatsächlich ein notwendiges, ein sinnvolles, weil politisch klärendes und aufklärendes Unterfangen.

Die westdeutsche Linke hatte es nicht nur mit dem Autoritarismus der Adenauer-Ära, sondern auch mit dem offiziellen Kommunismus zu tun. Die kritische Theorie, insbesondere die „Kritik der politischen Ökonomie“ mussten neu entdeckt und wiederangeeignet werden, gegen die Verbalhornungen durch den „Sowjetmarxismus“, wie Herbert Marcuse die versteinerten Denkmuster und Lehrbuchformeln eines „Marxismus-Leninismus“ kritisierte. Die Selbstgewissheiten „von drüben“ waren nichts für die Linke im Westen. Doch diese musste lernen, ihre Sichtweise von Emanzipation und Sozialismus auch gegenüber der KPdSU oder der DDR zu vertreten und dabei auch eigenständig die Entwicklung des Marxismus voranzutreiben.

Der Grund war steinig, auf dem sich nach den Katastrophen von Nationalsozialismus und Krieg in Adenauer-Republik und „formierter Gesellschaft“ eine „neue Linke“ bildete. Sie war in der westdeutschen Gesellschaft lange Zeit

marginalisiert, von der Sozialdemokratie nach Godesberger Programmparteitag (1959) und der Unvereinbarkeitserklärung mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) 1961 ins Abseits geschoben und wurde von den Kommunistischen Parteien im Ostblock, aber auch in Westeuropa zunächst bekämpft oder zumindest nicht ernst genommen. Die neue Linke entstand an den Grenzen der in Italien so genannten „Parteien des Verfassungsbogens“, jenseits der Sozialdemokratie, die sie expatriierte, und außerhalb der Kommunistischen Parteien, wie die für die ganze westeuropäische Linke wichtige Gruppe „Il Manifesto“ um Rossana Rossanda, Luciana Castellina, Lucio Magri, Mario Tronti vorexerzierte. Ein politisches Niemandsland galt es anzueignen. Theorien und Perspektiven politischer Praxis außerhalb der tradierten Organisationen mussten entwickelt werden, der Engel der Geschichte musste sich wenden und sein Gesicht der Zukunft zukehren.

Trotz aller Anfeindungen entstand ab den 1960er Jahren mit der neuen Linken eine lebendige politische Bewegung gegen die erstarrten politischen Kräfte der Nachkriegsära, auch in der Bundesrepublik Deutschland. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) erholte sich von dem Mitgliederschwund nach dem Hinauswurf aus der SPD. Die „Sozialistische Förderergesellschaft“ und später der „Sozialistische Bund“ wurden gegründet, Sammelbecken für Linksozialisten und ehemalige Sozialdemokraten, die die „Godesberger Wende“ der SPD nicht mitmachen und mittragen und den aus der SPD geworfenen SDS materiell und ideell unterstützen wollten. Die 1960er Jahre waren auch eine Aufbruchzeit des „Reformkommunismus“. Der „Prager Frühling“ strahlte sogar in die DDR – bis zum Einmarsch der vereinigten Stalinisten am 21. August 1968 in der Tschechoslowakei. Mit der Niederschlagung des Prager Frühlings trieben sie, ohne dass sie dies ahnten, einen Sargnagel in das Projekt des von Breschnew so bezeichneten „real existierenden Sozialismus“. Der Sargdeckel fiel 20 Jahre später zu. Neokonservative und Neoliberale bejubelten das Begräbnis als das „Ende der Geschichte“, weil eine Alternative zu westlicher Demokratie und Marktwirtschaft nicht mehr vorstellbar schien.

3. Kritische Linke

Doch der „westliche Marxismus“ erlebte in dem Zeitraum, der durch „1968“ symbolisiert wird, einen Aufschwung – theoretisch, aber vor allem in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen einer zu politischem Bewusstsein gelangenden Arbeiterklasse. Die „Klassenkämpfe in Westeuropa“, der französische Mai 1968, der *autunno caldo* in Italien 1969, die Shopsteward-Bewegung in England, die spontanen Septemberstreiks in Deutschland 1969 stärkten die Gewerkschaften, brachten neue politische Organisationen hervor, führten zu einem Kurswechsel der sozialistischen und kommunistischen Parteien in Westeuropa. Auch Theoriediskussionen wurden nach Jahrzehnten einer eher

marginalen Existenz kritischer und an Marx orientierter Theorie angestoßen. Der „Seminar marxismus“ verließ die Seminare. Von der Marxschen Methode wurde vor allem das gelernt, was programmatisch im Untertitel des „Kapital“ ausgedrückt wird: Kritik der politischen Ökonomie. Die Dynamik der Gegenwartswelt kann nur erfasst werden, wenn man die Marxschen Kategorien nutzt und zugleich darüber hinausgeht. Kritik ist immer immanente Kritik von Inkonsistenzen, von Ungereimtheiten, zugleich aber auch Kritik der gesellschaftlichen Bedingtheit von Kategorien und schließlich Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst – in praktischer Absicht.

Die soziale Bewegung der 1960er Jahre in Westdeutschland war in hohem Maße eine Intellektuellenbewegung, zu der auch eine Reihe von „Arbeiterintellektuellen“ gehörte. Sie stützten den nach der Unvereinbarkeitserklärung des SPD-Parteivorstands geschwächten SDS. Alte Sozialisten und Kommunisten, deren Namen heute fast vergessen sind, fanden in den wenigen linkssozialistischen Studenten – in Stuttgart hatte der SDS 1964 weniger als 20 Mitglieder, an der größten deutschen Universität in München waren es 1963 gerade einmal 11 – den Resonanzkörper für ihr Wissen, für ihre Erfahrungen und die Reflexionen darüber. Rolf Gramke in München, Willy Huhn in Berlin, Fritz Lamm in Stuttgart und Tübingen, die in der Adenauer-Republik fast stumm geschaltet waren, bildeten Studienzirkel, und Georg Jungclass brachte den mitreißenden Ernest Mandel nach Deutschland zurück, um die marxistische Wirtschaftstheorie zu vermitteln, nicht nur als akademische Veranstaltung sondern als ein revolutionäres Projekt, das von der sich neu formierenden Studentenbewegung gierig aufgegriffen wurde. Da es in Deutschland keine linken Parteien von einigem politischen Gewicht gab, arbeiteten viele politisch in den Gewerkschaften – dort wo es möglich war. Daraus erklärt sich der starke Gewerkschaftsbezug in der deutschen Linken, der auch für die PROKLA später Bedeutung hatte.

Der mit kurzfristig einer Million Arbeitslosen doch spürbare Kriseneinbruch 1967 hatte zur Folge, dass Zweifel an der verbreiteten Einschätzung vom „Ende des Konjunkturzyklus“ aufkamen und dass Fragen nach der Dynamik der Wirtschaftswunder (nach den Ursachen der hohen und sich in den 60er Jahren abflachenden) Wachstumsraten gestellt wurden. Das Buch des Ungarn Franz Jánossy (Adoptivsohn von Georg Lukács) wurde für die Debatten der „neuen Linken“ in Deutschland besonders wichtig und es löste Versuche einer undogmatisch-marxistischen Analyse der ökonomischen Nachkriegsentwicklung aus; es kursierte zeitweise als Schreibmaschinenmanuskript, das Rudi Dutschke, der ein Exemplar aus Budapest mitgebracht hatte, als eine Art „Geheimtipp“ der Analyse der westdeutschen Gesellschaft nutzte. Auch die Kritik des „Konsumismus“ mit Kategorien wie der des „eindimensionalen Menschen“ (Herbert Marcuse), unter Verwendung der Ansätze der Frankfurter Schule und mit dem Rückgriff auf Marx' Warenanalyse (hier war Wolf F.

Haug's Theorie der Warenästhetik sehr fruchtbar) war zentral. Sie wurde eine der Quellen, die die Versuche neuer Formen des Zusammenlebens speisten: die Wohngemeinschaften, die Kinderladenbewegung, die ihrerseits nur mit der neuen Frauenbewegung entstehen konnte. Es gab auch fatale Implikationen der Kritik des Konsumismus. Denn sie wurde überhöht bis zur Rechtfertigung der Kaufhausbrandstiftung Andreas Baaders als eine Art militanter Konsumkritik durch Ulrike Meinhoff. Der moralische Impuls zusammen mit vereinseitigter theoretischer Interpretation hatte in den 1970er Jahren in der RAF eine egomanische Usurpation eines vorgestellten, also nicht wirklich vorhandenen historischen Subjekts zur Folge. Doch dieser Linie folgten nur wenige, die RAF blieb isoliert und zwar nicht nur wegen der kriminellen Handlungen. Ebenso inakzeptabel waren ihr theoretischer Ansatz und die politische Perspektive, sofern davon überhaupt gesprochen werden kann.

Ein entscheidender Anstoß für die Entstehung der linken Bewegung in Westdeutschland war der Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk und gegen dessen Unterstützung durch Bundesregierung, politische Parteien und eine nahezu gleichgeschaltete Presse. Die „Dritte Welt“, von der seit der Konferenz in Bandung 1955 die Rede war, wurde zum Thema der Linken. Das „revolutionäre Subjekt“ habe einen „Stellenwechsel“ aus den kapitalistischen Metropolen in die Peripherie vollzogen. Die Arbeiterklasse des „Nordens“ sei ins System „integriert“, die „Verdammten dieser Erde“ (Frantz Fanon) im „Süden“ hingegen der „Focus“ eines revolutionären Prozesses. Das war in hohem Maße idealistisch gedacht. Doch wurden auch sehr ernsthafte Versuche angestellt, die politisch-ökonomischen Strukturen der Ausbeutung in der Welt aufzudecken. Die Dependenztheorie wurde rezipiert und kritisiert, ebenso wie manche Theorieansätze zum Werttransfer auf dem Weltmarkt. Die Schriften von Paul M. Sweezy, Paul A. Baran oder Harry Magdoff, Samir Amin und anderen wurden studiert, um die soziale Dynamik des „Monopolkapitalismus“, der Gleichzeitigkeit von Entwicklung und Unterentwicklung, der Aufrüstung und kriegerischen Aggressivität verstehen und strategisch in Kampagnen umsetzen zu können. An vielen Universitäten entstanden „Vietnam-Arbeitskreise“. Kein Zufall auch, dass einer der ersten „Raubdrucke“ in den 1960er Jahren die „Akkumulation des Kapitals“ von Rosa Luxemburg war, erschienen im Verlag des SDS „Neue Kritik“. Die PROKLA wurde in den 1970er Jahren ein wichtiger Ort für Publikationen über die „modifizierte Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt“, also über die Nord-Süd-Beziehungen.

Es ist auch kein Zufall, dass die Kampagnen der „Neuen Linken“ in Westdeutschland auf den Springer-Konzern zielten, der die mediale Unterstützung der Aggression gegen das vietnamesische Volk am deutlichsten betrieb und für die hermetisch abgeschlossene, einseitig informierte und daher gar nicht öffentliche Öffentlichkeit verantwortlich war. Die Parole „Enteignet Springer“ war eine Formel für die Wiederaneignung der im „Strukturwandel der Öffent-

lichkeit“ (das Habermas-Buch mit diesem Titel war daher so wichtig für die Linke) verlorenen öffentlichen Räume. Es sollte eine „aufklärende Gegenöffentlichkeit“ geschaffen werden,

Als dann am 2. Juni 1967 Benno Ohnesorg erschossen wurde und weniger als ein Jahr später Rudi Dutschke dem Attentat eines durch die Medienhetze gegen die aufmüpfigen Studenten fanatisierten Jugendlichen zum Opfer fiel, war die politische Bedeutung der Kritik der Springer-Medien offensichtlich. Auch die Bildung der Großen Koalition 1966 stieß auf Empörung und provozierte Demonstrationen auf der Straße. Denn sie wurde als eine Art politischer Entzweiung, als Entrechtung empfunden, da ja demokratische Partizipationsmöglichkeiten schwanden. Anders als bei der Großen Koalition von 2005 gab es 1966 keine parlamentarische Opposition, die nennenswert gewesen wäre. Die liberale Partei war schwach und die „Linksliberalen“ um Flach und Dahrendorf waren erst im Kommen. Die Gewerkschaften übernahmen teilweise die Rolle der Opposition und wurden Teil der außerparlamentarischen Opposition, der „APO“. Diese sah in der „GroKo“ bereits die schiefe Ebene in den Autoritarismus einer „formierten Gesellschaft“. Dieser Eindruck wurde bestärkt durch die Notstandsgesetzgebung, die von der GroKo gegen den unterschiedenen Protest der APO, aber auch der Gewerkschaften 1968 durch den Bundestag gepeitscht wurde.

Schließlich war da das Elend der Hochschulpolitik, deren Modernisierung anstand. Daran führte kein Weg vorbei. Darauf hatte der SDS in seiner berühmt gewordenen Hochschuldenkschrift (zu deren Verfassern Wolfgang Nitsch, Claus Offe und Ulrich K Preuß gehörten) schon 1961 hingewiesen. Doch die Ordinarien standen den notwendigen Reformen mit ihrem „Muff von tausend Jahren unter den Talaren“ im Weg. Dieser Spruch war auf dem berühmt gewordenen Transparent zu lesen, das bei einer Hamburger Immatrikulationsfeier Studenten (darunter Detlev Albers) vor den tatsächlich im Talar schreitenden Professoren hertrugen. Es bezog sich auf die braune Vergangenheit vieler Professoren in jener Zeit. Die Studentenbewegung, die dagegen protestierte und demonstrierte war sozusagen der Türöffner für die längst überfälligen Bildungsreformen. Sie wurden auf der einen Seite bekämpft, auf der anderen willkommen geheißen. Hier erweist sich einmal mehr die „Ambivalenz des Reformismus“. Er leistet in einer Art „passiver Revolution“ (Gramsci) einen unverzichtbaren Beitrag zur Modernisierung und daher auch zur Stärkung des Systems. Daher ist es lächerlich, wenn vier Jahrzehnte später strukturkonservative Kreise die „68er“ für eine von ihnen unterstellte bundesrepublikanische Misere verantwortlich machen.

Erst die Kritik der realen politischen Verhältnisse löste die Kritik der Kategorien aus, in denen die Welt interpretiert wurde. Und erst als man auf Grenzen der Kritikfähigkeit innerhalb des tradierten Kategoriensystems stieß, entstand das Bedürfnis, sich Begriffssysteme, Theorien anzueignen, die an den Universi-

täten bis dato fast keine Rolle spielten, weil sie ins Abseits gedrängt waren. Überall entstanden selbstorganisierte Marx-Arbeitskreise außerhalb des „normalen“ Lehrbetriebs der Universitäten, in Berlin sogar die „Kritische Universität“ mit dem Anspruch, eine umfassende Alternative zum universitären Lehrbetrieb zu errichten. Dies misslang. Die politische Linke versuchte, sich durch Theoriearbeit ihrer Politik- und Kritikfähigkeit zu versichern.

4. Probleme des Klassenkampfes

Diese Hoffnungen und Perspektiven fanden ihren Ausdruck auch in Zeitschriftenprojekten der radikalen Linken, der „New Left Review“ in Großbritannien, dem „International Socialist Journal“, das zugleich in englischer, italienischer und französischer Sprache von Lelio Basso in Rom herausgegeben wurde, den traditionsreichen „Les Temps Modernes“ oder in „Monthly Review“ in den USA. Auch die Zeitschrift „Praxis“ der jugoslawischen Praxis-Gruppe, die auch in Westeuropa von der Linken rezipiert wurde, kann man in diesem Kontext erwähnen. In Westdeutschland nahm die theoretische und politische Bedeutung der Zeitschrift des SDS „Neue Kritik“ mit der Ausbreitung der Studentenrevolte an Westdeutschlands Hochschulen zu – bis zur Auflösung des SDS im Jahre 1970. Bald darauf wurde die Theoriezeitschrift eingestellt.

Die PROKLA war ein Zeitschriftenprojekt im Rahmen einer umfassenderen politischen Bewegung, aus der auch andere westdeutsche Zeitschriften hervorgingen: das „Kursbuch“, das viele Jahre über die akademische Welt hinaus die politischen Debatten in Westdeutschland beeinflusste, die „Gesellschaft“, die einige Nummern lang im Suhrkamp-Verlag erschien und sang- und klanglos verschied, diverse Projekte mit vielen Namen aus dem linkssozialdemokratischen Milieu, die nicht überlebten. Es gab schon seit Ende der 1950er Jahre „Das Argument“; viele, die später bei der PROKLA mitmachten, arbeiteten zeitweise in der Argument-Redaktion. Und es gab seit 1957 die „Blätter für deutsche und internationale Politik“, die mehrfache erstaunliche Wandlungen und Häutungen durchgemacht haben – bis heute. Ähnliches kann man auch über die Zeitschrift „Z“ sagen; einige aus dem Umkreis der „Marxistischen Blätter“ schafften die thematische, politische und personelle Öffnung.

Die PROKLA war eine Zeitschrift der unabhängigen Linken, von Anfang an. Der Konsens darüber ergab sich aus bitteren Erfahrungen, die die PROKLA-Gründer hatten machen müssen, und zwar mit dem Zeitschriftenprojekt „Sozialistische Politik“. Diese ist aus einer Studentenzeitschrift am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität hervorgegangen. In der „Sozialistischen Politik“ (SOPO) erschienen für die weiteren Debatten der westdeutschen Linken so wichtige Beiträge wie die Kritik der Sozialstaatsillusion von Wolfgang Müller und Christel Neusüss. Auch theoretische Erörterungen Marxscher Kategorien

(produktive und unproduktive Arbeit zum Beispiel) wurden publiziert, um eine „Kritik der politischen Ökonomie des Ausbildungssektors“ gegen die Ökonomisierungstendenzen im Bildungswesen (Bildungsökonomie als neue Wissenschaftsdisziplin, Manpower-Planung der OECD; „Verbetriebswirtschaftlichung“ der Hochschulen etc.) und um den politischen Stellenwert einer Bewegung an den Hochschulen in einer modernen kapitalistischen Gesellschaft theoretisch begründen zu können.

Doch die SOPO wurde gekapert, und zwar von jenen, die die Rechte an Titel und redaktioneller Gestaltung von der Studentenzeitschrift übernommen hatten. Sie nutzten dieses Recht, um die politische Linie der SOPO in Richtung SEW/SED zu drücken und die unabhängige Linke aus der Zeitschrift hinauszudrängen. Es kam sogar zum juristischen Streit. Das Gericht gab ganz legalistisch der SOPO-Redaktion mit ihren Eigentumstiteln das Recht, die Linie des „Tendenzbetriebs“ bestimmen zu können. Wir, die unabhängigen, gegenüber dem real existierenden Sozialismus kritischen Linken waren folglich draußen. Die „Sozialistische Politik“ überlebte den intellektuellen Aderlass und den politischen Schwenk in Richtung DDR nicht lange und wurde Mitte der 1970er Jahre eingestellt.

Wir beschlossen, ein eigenes Zeitschriftenprojekt zu begründen: „Probleme des Klassenkampfes“. Der Name enthielt eine materiale Festlegung auf die Bemerkung von Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“, alle Geschichte sei eine Geschichte der Klassenkämpfe, und gleichzeitig auch mit dem Verweis auf die „Probleme“ die Verpflichtung auf jene Distanz, die eine Theoriezeitschrift zu den sozialen Organisationen und Bewegungen halten muss. Die PROKLA startete mit einer Analyse von Weltmarkt und Währungskrise. Das war 1971 als das Fixkurssystem von Bretton Woods zusammenbrach und die politische Frage im Raume stand, ob der Wohlstand der kapitalistischen Metropolen durch Werttransfer aus dem Süden zustande käme. Auch wurde der Versuch gemacht, die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie in Richtung einer Kritik der Politik und des Staates staatstheoretisch zu erweitern; das begründete die auch international zeitweise einflussreiche „Staatsableitungsdebatte“. Die Analyse des Weltmarkts und des (National)staats ist bis heute wichtiges thematisches Feld der PROKLA geblieben. Die Zeitschrift wurde herausgegeben von einer „Vereinigung zur Kritik der Politischen Ökonomie“, die sich in Redaktionskollektive gliederte. Besonders produktiv war das Redaktionskollektiv Gewerkschaften, das eine Reihe von gewerkschaftspolitisch wichtigen Analysen publizierte. Vereinigung und Redaktion verstanden die PROKLA als ein Organ des Eingriffs in theoretische und mithin auch politische Debatten der westdeutschen Linken und darüber hinaus. Dies ist sogar ansatzweise gelungen, PROKLA-Artikel spielten sowohl in universitären Seminaren oder in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit als auch in den Theorie- und Strategie- debatten der linken Gruppierungen eine Rolle. Die PROKLA wurde auch im

europäischen Ausland zur Kenntnis genommen und eine Reihe von Artikeln wurde in andere Sprachen übersetzt.

5. Zeit des Umbruchs

Es würde zu weit führen, auch nur die wichtigsten der inzwischen fast 150 Hefte der PROKLA Revue passieren zu lassen. Aber einige Überlegungen können bedeutsam sein, wenn wir der Zukunft der Zeitschrift nicht den Rücken, sondern das Gesicht zuwenden.

Die etwa 35 Jahre des PROKLA-Projekts waren keine ruhige Phase, es sind die letzten drei Dekaden des „kurzen 20. Jahrhunderts“, eines „Zeitalters der Extreme“ (Eric Hobsbawm). Tatsächlich erschließt sich aus dem Rückblick (wir sehen wie der Engel der Geschichte wieder Trümmerberge), dass in den 1970er Jahren eine Revolution begann, die heute keineswegs abgeschlossen ist: Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems fixierter Wechselkurse führte dazu, dass die Bildung eines für die Funktionsweise des kapitalistischen Systems zentralen Preises, des Wechselkurses nämlich, den privaten Akteuren auf Märkten überantwortet wurde. Zuvor war die Festlegung der Wechselkurse öffentliche Aufgabe von nationalen Regierungen und Zentralbanken und internationaler Institutionen wie des IWF. Die Freigabe der Wechselkurse war ein Akt der Privatisierung im globalen Raum, dem bald der nächste folgte. Mit einem „Big Bang“ wurden die Finanzmärkte liberalisiert, so dass nun auch der zweite zentrale Preis, der Zins nämlich, weniger aufgrund von Entscheidungen souveräner Regierungen oder Zentralbanken zustande kam als im Zuge des spekulativen Agierens großer privater Banken und Fonds auf liberalisierten Finanzmärkten. Diese Privatisierungsakte können möglicherweise als Vorläufer der weltweiten Privatisierungsmanie im neuen Jahrhundert verstanden werden.

Der dritte zentrale Preis für eine kapitalistische Weltwirtschaft, der Ölpreis nämlich, ging 1973 nach oben, eine frühe Mahnung, dass die fossilen Energieträger nicht dauerhaft zu günstigen Preisen in jeder Menge zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang ist es kein kontingentes Ereignis, dass die Bildung des Preises der Arbeit nun ebenfalls verstärkt den Marktkräften überlassen wird. Die sozialstaatlich regulierte Soziallohn-Komponente erhält ein gegenüber den Marktlöhnen abnehmendes Gewicht. Die „Kommodifizierung“ lässt sich durchsetzen, weil gewerkschaftliche Macht angesichts von struktureller Arbeitslosigkeit und der Informalisierung und Prekarisierung der Arbeit unterminiert und der Druck auf die Soziallohnbestandteile auch auf die Bildung der Individuallöhne ausgedehnt wird. Die etablierten Formen des fordistisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaates erodieren und werden dabei informalisiert. Heute gibt die Internationale Arbeitsorganisation an, dass etwa 1,4 Milliarden Menschen zu den „working poor“ mit weniger als 2 US-Dollar pro Tag gehören, obwohl sie arbeiten – und diese Tendenz ist nicht auf den „armen Süden“

beschränkt, sie ist auch im „reichen Norden“ wirksam.

Die Tendenzen der Informalisierung ergreifen in den 1970er Jahren auch die Politik. Nachdem die „Krise der Regierbarkeit“, die „Krise der Demokratie“ ausgerufen waren, erschien die „trilaterale Kommission“ auf dem internationalen Parkett als eine Art Außenkorsett der schwindenden US-Hegemonie. Der US-Dollar hatte im Post Bretton-Woods-System flexibler Kurse seine Leitwährungsfunktion eingebüßt und darüber hinaus verlor er in den 1970er Jahren an Wert. Dies war der monetäre Ausdruck eines Verlustes an realökonomischer Wettbewerbsfähigkeit der USA im Vergleich zu den westeuropäischen und ostasiatischen Konkurrenten. Der ökonomische Verlust wurde noch verstärkt durch die Niederlage der USA im Vietnamkrieg.

Die trilaterale Kommission verlor sehr bald an Bedeutung, denn zwei Neuerungen veränderten die globalen Politikprozesse. Erstens hatte 1972 ein „Schwab“ die Idee, Politiker und Manager auf einem „Weltwirtschaftsforum“ zusammenzubringen, nicht um dort zu verhandeln (dies ist formellen Gremien vorbehalten), sondern um eine informelle Schnittstelle zwischen den Marktakteuren und den Akteuren des globalen politischen Systems zu schaffen. Das war eine prächtige (und profitträchtige) Idee, die bis heute zündet und das Weltwirtschaftsforum in Davos immer noch trägt. Es entspricht der neoliberalen Konstellation, in der den ökonomischen Akteuren großes Gewicht gegenüber der Politik eingeräumt wird und die notwendigen Regulierungen informell abgesprochen werden. Zweitens geben sich seit dem Jahr der schmachvollen Niederlage in Vietnam auch die reichen und mächtigen Staaten ein informelles Forum. Die Gruppe der 6, später G7 und heute G8 kommt 1975 erstmals zusammen. Die heutigen G8 vermögen mit informellen Absprachen die Politik im globalen Raum mehr zu beeinflussen als formelle Abkommen. Formelle Verträge und formelles Regierungshandeln – wenn dieses nicht das der „einzigen Weltmacht“ ist – sind oft genug Ergebnis der informellen Vereinbarungen.

Diese historischen Brüche werden deshalb erwähnt, weil sie fortdauern und der weiteren theoretischen und politischen Reflexion harren. Von einer „postfordistischen Regulationsweise“ oder einem „finanzgetriebenen Akkumulationsmodell“ zu reden ist daher angesichts der Transformationen, in denen wir mitten drinstecken, eine Übertreibung. Es gibt keine annähernd so stabilen und kohärenten Formen wie in Zeiten von Fordismus und Keynesianismus. Heute können und müssen wir daher andere Fragen stellen als zu Beginn der 1970er Jahre, als die PROKLA gegründet wurde.

Wir überblicken, nach rückwärts gewandt, den Trümmerhaufen des Transformationsprozesses, erkennen aber nur schemenhaft das Neue, das uns beschäftigen muss, wenn wir der Zukunft das Gesicht zuwenden. Welches sind bei aller „pluralistischen“ Spannweite Themen und Theorien, an denen gearbeitet werden soll? Worauf muss man sich also konzentrieren, um nicht Pluralismus

in Beliebigkeit ableiten zu sehen? Welchen Nutzen kann eine Zeitschrift für die sozialen und politischen Bewegungen, für Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen, die unabhängige Linke heute haben?

6. Links und machtlos

Wenn wir uns mit uns selbst, also mit Linksintellektuellen in (West-)Deutschland beschäftigen, muss deren, d.h. unsere Machtlosigkeit, z.B. bei Stellenbesetzungen angesprochen werden. Nur eine sehr kurze Zeit in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte stand ein Fensterspalt offen, durch den linke Akademiker zu den Würden eines Lehrers, einer Assistentin oder eines Professors gelangen konnten, sofern sie die sonstigen üblichen Qualifikationen erfüllten. Genau genommen konnte dieser im politischen Sommer vom Beginn der sozial-liberalen Reformkoalition im Herbst 1969 bis zu den „Hamburger Erlassen“ vom Januar 1972 genutzt werden, vor und nach diesem „Zeitfenster“ nur in Ausnahmefällen. Nach dem „Radikalenerlass“ der Ministerpräsidenten der Länder und des Kanzlers Willy Brandt wurde die Überprüfung auf die Verfassungstreue für alle, die in den öffentlichen Dienst eintreten wollten, obligatorisch. Der „Radikalenerlass“ aus Hamburg bedeutete in den folgenden Jahren für viele linke Intellektuelle das Berufsverbot. Eine unsäglich deutsche Tradition des Obrigkeitsstaates wurde fortgesetzt, um den von Rudi Dutschke in Verkennung der hegemonialen Verhältnisse immer wieder beschworenen „langen Marsch durch die Institutionen“ zu stoppen. Das Berufsverbot traf nicht nur Kommunisten, sondern unabhängige Linke, ja Sozialdemokraten und hielt sie vom öffentlichen Dienst fern. Wie immer bei repressiver Gesetzgebung wird diese überschießend angewendet. Spätestens Ende der 1970er Jahre wurde auch Sozialdemokraten wie Peter Glotz oder Egon Bahr und selbst Willy Brandt, dem Urheber der „Hamburger Erlasse“, klar, dass die Erfindung der Überprüfung von akademischen Berufsanfängern auf ihre Verfassungstreue und ihren Einsatz für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ (FDGO) auch gegen die Sozialdemokratie zurückschlug.

Peter Glotz hatte inzwischen Gramsci gelesen und war vom „Eurokommunismus“ und der Strategie des „historischen Kompromisses“ der KPI unter Enrico Berlinguer fasziniert. Er hatte aus der strategischen Öffnung des „Eurokommunismus“ die Lehre gezogen, dass die Sozialdemokratie nicht mit opportunistischer Anpassung im öffentlichen Dienst und auch nicht mit Repression im Zusammenhang mit dem damaligen Kampf gegen den Terrorismus (gegen die RAF und andere Gruppen in anderen westeuropäischen Ländern), sondern nur durch Dialog gesellschaftliche Hegemonie gewinnen könne. Das Auftreten von Peter Glotz, damals Wissenschaftssenator in Berlin, auf dem „Tunix-Kongress“ im Herbst 1979 in der Technischen Universität von Berlin hatte symbolischen Charakter. Zum ersten Mal seit mehr als einem Jahrzehnt

stellte sich ein Vertreter der politischen Klasse der Auseinandersetzung mit der „außerparlamentarischen Opposition“, mit den Resten und Zerfallsprodukten der Studentenbewegung, mit einer „Neuen Linken“, die sich nach den „bleiernen Jahren“ der Repression, nach dem deutschen Herbst zu reorganisieren versuchte. Die Partei der „Grünen“ wurde Anfang der 1980er Jahre gegründet und zwei Tageszeitungsprojekte wurden lanciert: Die TAZ und „die Neue“. Die „Neue“ ging sehr bald unter, die TAZ überlebte und ist heute aus dem Pressespektrum der BRD kaum wegzudenken, auch wenn sie ökonomisch wie am Anfang auf schwachen Füßen steht und ihre einstige politische Radikalität verloren hat. Schon zehn Jahre zuvor ist im Zusammenhang der Anti-Springer-Kampagne der Versuch gemacht worden, ein Zeitungsprojekt zu starten, um „Gegenöffentlichkeit“ gegen die Übermacht des Springer-Konzerns herzustellen. Aber damals war die Gelegenheit noch nicht gereift, das Zeitfenster nicht offen.

Als im Jahre 1982 die sozialliberale Koalition auseinanderbrach und Kohl die Chance zur „geistig-moralischen Wende“ bekam, wurde doch nur fortgesetzt, was die Schmidt-Regierung begonnen hatte: eine Politik der Austerität, der Einsparungen im Öffentlichen Dienst, die nur kurzfristig durchbrochen wurde. Das war nach der deutschen Vereinigung zu Beginn der 1990er Jahre der Fall. Das Berufsverbot wurde nun nicht mehr offen praktiziert, weil man unliebsame Bewerber auch mit dem Verweis auf den Mangel an Stellen und die Vielzahl der Bewerberinnen und Bewerber abwehren konnte. Nur wenige Linke konnten die Hürde der Einstellungsbehörden nehmen. Das änderte sich auch nach 1989 nicht. Aus den DDR-Hochschulen wurden „Marxisten-Leninisten“ fast 100prozentig entfernt, die Lehrstühle und andere Stellen gestrichen. Viele Sozialwissenschaftler aus dem Westen, die als Habilitierte kaum hoffen konnten, eine formelle Hochschullehrer-Stelle an einer westdeutschen Universität zu bekommen, erhielten nun ihre Chance. Aber sie mussten durch das Nadelöhr von Berufungskommissionen, die von den Wissenschaftsorganisationen des Westens besetzt waren. Es wird gesagt, dass von hartgesottene Neoklassikern selbst Keynesianer als Sektierer aus Berufungslisten ausgemustert worden sind. Wer meinte, auch nach dem Ende des real existierenden Sozialismus noch mit Marx kritisch arbeiten zu sollen, war fast immer chancenlos.

Dem akademischen Marxismus ist es nicht gelungen, Netzwerke zu knüpfen, mit denen auch Karrieren im Wissenschaftsbetrieb hätten befördert werden können. Versuche in diese Richtung scheiterten in aller Regel daran, dass keine Gratifikationen zur Verteilung standen. Das war auch in den 1960er Jahren so, als die „68er“-Generation auf Jobsuche war, und an den Hochschulen erst mit den Reformmaßnahmen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre eine Chance erhielt. Ohne Macht und ohne materielle Mittel, um Gratifikationen verteilen zu können, ohne Verfügung von Einfluss über die Bereitstellung oder Besetzung von Stellen kann man die Formel der Zapatistas sympathisch fin-

den: „Fragend schreiten wir voran“. Doch kann man die Welt verändern, ohne die Macht zu ergreifen? Der Gouverneur des Bundesstaates Mexico weiß es besser. Er ließ über die Autobahnen um Mexico-City Werbetransparente mit dem Spruch spannen: „Pavimentando avanzamos“ – Straßen asphaltierend, also die Welt mit Macht verändernd, schreiten wir voran. Die Frage der Macht kann man nicht ausklammern, nur weil man keine Macht hat. Es ist nicht gelungen, Strategien gegen die Machtlosigkeit der Linken zu entwickeln. Vielleicht gibt es sie innerhalb der systemischen Zwänge gar nicht oder nur in Ausnahmesituationen wie in dem erwähnten „Zeitfenster“?

Auch die neuen Studentengenerationen haben bislang kein kritisches Gegengewicht gegen diese Tendenzen schaffen können. Prekäre Jobaussichten, verschlechterte Studienbedingungen in chronisch unterfinanzierten Hochschulen und schließlich seit Ende der 1990er Jahre das Schreckgespenst Bologna, also die Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge, haben nicht gerade die intellektuelle Kritikfähigkeit gefördert. Die Trümmerhaufen des Fortschritts werden gar nicht mehr wahrgenommen, sondern als gegeben hingenommen. Der Kritik an den Zuständen fehlt heute anders als 1968 der Bezug auf die Gesellschaft, auf deren Herrschafts- und Verblendungszusammenhang, auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Totalität. Wer die Verhältnisse nicht grundlegend verändern will, entwickelt kein Bedürfnis nach radikaler Theorie. Es sind dann nicht allein die äußeren Verhältnisse von Macht der politischen Instanzen, von Einseitigkeit der Wissenschaftsförderung und des Wirkens der neoliberalen think-tanks oder von direkten und indirekten Einflussnahmen ökonomischer Interessen auf die Hochschulen, die dem akademischen Marxismus und linker Theorieentwicklung das Wasser abgraben. Viel schwerer wiegt, dass aus dem Inneren des akademischen Milieus zu wenige Anstöße in Richtung einer Weiterentwicklung linker Theorie im Allgemeinen und des akademischen Marxismus in Sonderheit erwachsen. Man könnte also zu der Schlussfolgerung gelangen, der Mutterboden einer Zeitschrift wie der PROKLA sei ausgetrocknet und unfruchtbar geworden.

7. Ökonomische und ökologische Alphabetisierung

Doch diese Schlussfolgerung ist nur teilweise berechtigt. Denn zugleich ist ein „kulturelles Ungenügen“ zu beobachten, die Unzufriedenheit mit den Zuständen an den Hochschulen, auch das Erschrecken über die Krisen der Gegenwart, die wachsende Ungleichheit in der Welt, die dräuende Umweltkatastrophe, die kriegerischen Konflikte. Das Bedürfnis, den neoliberal eingefärbten Zeitgeist kritisch zu überwinden, ist vorhanden. Der Kongress der linken Studenten „Get up, stand up“ im Januar 2007 an der Frankfurter Universität ist davon Ausdruck. Der „gar nicht so diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution“ (PROKLA-Titel aus dem Jahre 1981) hat gar nicht charmante Al-

tersfurchen bekommen. Allerdings ist das Grollen und Rumoren mehr an anderen Orten als an den Universitäten zu vernehmen. Die Kritik des Neoliberalismus und die Entwicklung linker Theorie finden heute vermehrt außerhalb der Universitätsseminare statt, in NGOs und deren Arbeitszusammenhängen, in Forschungs-Netzwerken, alternativen Bildungs- und Forschungsstätten, auf lokalen, nationalen, europäischen oder globalen Sozialforen.

Ist folglich die akademische Verankerung einer linken Zeitschrift nicht mehr so wichtig wie vor 35 Jahren? Keineswegs, sie bleibt wichtig, denn aus den Hochschulen kommt der Nachwuchs auch für die sozialen Bewegungen, die die politisch orientierte Theoriearbeit tragen. Das gilt für Gewerkschaften ebenso wie für globalisierungskritische, ökologische und andere Bewegungen. Und die Hochschulen verlieren ihren Charakter als Universitäten, wenn sie nicht mehr Gelehrte hervorbringen (und ertragen), die auch die Gesellschaft kritisieren und dafür das theoretische Begriffssystem erarbeiten und weitergeben. Es lohnt sich auch im Jahre 2007 wie vor 40 Jahren für eine „kritische Universität“ zu streiten.

Doch es scheint, als ob der Epochenbruch, der in den 1970er Jahren seinen Anfang nahm und inzwischen bis zur Kenntlichkeit radikalisiert worden ist, auch die Linke und ihre Projekt erfasst hat. Wie sollte die Linke auch davon verschont bleiben, wenn Arbeitsverhältnisse, Lebensbedingungen, Umwelt, globale Ökonomie, also letztlich die Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse transformiert werden? Zu den Transformationsprozessen hat die PROKLA seit ihrer Gründung immer wieder Beiträge publiziert, die zum Teil auch heute noch lesenswert sind.

Wie kann das Projekt der PROKLA weitergeführt werden? Es steht nur noch mit einem Bein, und daher etwas wackelig in der akademischen Welt. Alle Mitglieder der PROKLA-Redaktion haben eine akademische Ausbildung, aber nicht alle haben eine akademische Stelle. Und das andere Bein? Es hat keinen festen Boden unter den Füßen (hat noch keinen „Standpunkt“ gefunden). Die „Verortung“ der PROKLA in der bunten Vielfalt der linken Bewegungen heute ist (noch) nicht gelungen. Kritik der politischen Ökonomie, zumal Kritik der internationalen politischen Ökonomie ist in Zeiten der Globalisierung, angesichts neoliberaler Marktgläubigkeit und eines neuen Imperialismus, der selbst vor der Anzettelung von Kriegen nicht zurückschreckt, notwendiger denn je. „Ökonomische und ökologische Alphabetisierung“ tut Not. Theoretische Rätsel sind da zu knacken, und Bildungsarbeit ist gefragt. Die PROKLA müsste ihre intellektuellen Kapazitäten in ein größeres Projekt wie schon immer mit der gebotenen intellektuellen Distanz und zugleich engagiert einbringen.

Nach dem „kurzen Sommer“ blüht die Herbstzeitlose, wurde zu Beginn vermerkt. Das ist eine giftige Blume. Medea aus Kolchis hat sie genutzt, wohl dosiert dem jeweiligen Zweck angemessen.